

Antrag W04: Dem Postfaktischen Zeitalter entgegen

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppe Frankfurt a.M.
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Kritische Wissenschaft und Forschungspolitik

1 Dem Postfaktischen Zeitalter entgegen

2 Rechtspopulist*innen sind auf dem Vormarsch. Sie erschüttern Demokratien und
3 delegitimieren ihre Institutionen. Auch im öffentlichen Diskurs haben sie die
4 Diskurshoheit erlangt, da die Parteien der sogenannten demokratischen Mitte keine
5 eigene Narrative entwickelt haben und dem rechten Zeitgeist lediglich
6 hinterherlaufen. Der Aufstieg des (Rechts-)Populismus hat auch gravierende
7 Auswirkungen auf die Wissenschaft: Dem Populismus ist ein anti-elitäres und anti-
8 intellektuelles Moment inhärent, weshalb sie einen gezielten Kampf gegen die
9 Wissenschaft führen. Sie stellen den vermeintlichen „gesunden Menschenverstand“ oder
10 „Volkswillen“ gegen Expert*innenwissen, diskreditieren Forschungsergebnisse und
11 diffamieren ganze Disziplinen wie die Klimaforschung oder die Geschlechterforschung.
12 Diese Angriffe basieren auf der (rechts-)populistischen Ideologien, die
13 emotionalisierende, postfaktische und simplifizierende Dimensionen inkludiert.
14 Demnach ist das Wesen von Populismus auf die Abwertung von Wissenschaft angewiesen,
15 um einfache Antworten auf komplexe Probleme geben zu können. Diese Entwicklung ist
16 Ausdruck eines postfaktischen Zeitalters, in dem Emotionen und Ressentiments allzu
17 oft wissenschaftliche Argumente verdrängen und so den Nährboden für populistische
18 Angriffe schaffen. Gleichzeitig ist Wissenschaft in kapitalistische Strukturen
19 eingebettet: Drittmittelabhängigkeit, Leistungsdruck und ökonomische Verwertungslogik
20 bedrohen ihre Unabhängigkeit ebenso wie populistische Angriffe. Diese Ökonomisierung
21 verdrängt kritische Forschung, verschärft prekäre Arbeitsbedingungen und untergräbt
22 die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Gerade deshalb braucht es eine Wissenschaft, die
23 kritisch, unabhängig und demokratisch organisiert ist – und die Grundlage für
24 faktenbasierte politische Entscheidungen legt.

25 Philosophischer Hintergrund: Was ist Wissen?

26 Aus einer materialistischen Perspektive ist Wissen niemals zeitlos oder neutral. Marx
27 und Hegel zeigten, dass Wissen immer gesellschaftlich und historisch eingebettet ist:
28 Es entsteht nicht unabhängig von materiellen Produktionsverhältnissen, sondern ist
29 Teil der Macht- und Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft. Die herrschenden Ideen
30 sind in der Regel die Ideen der herrschenden Klasse. Damit ist Wissen stets
31 gefährdet, Ideologie zu werden, also bestehende Verhältnisse zu legitimieren, anstatt
32 sie kritisch zu hinterfragen.

33 Kritische Wissenschaft muss eine Methode der Ideologiekritik sein. Statt
34 gesellschaftliche Zustände lediglich zu beschreiben oder in bestehende
35 Machtverhältnisse integriert zu werden, hat kritische Wissenschaft die Aufgabe,
36 Ideologie zu durchbrechen. Ideologie wird hier nicht als Idee oder politische
37 Vorstellung verstanden, sondern als ein vom Kapitalismus konstituierter Schleier, der
38 bei den Individuen ein falsches Bewusstsein über die Gesellschaft hervorruft. Somit
39 nehmen Menschen die gesellschaftlichen Umstände nur noch verzerrt wahr. Dadurch

können Herrschaftsverhältnisse und Ungleichheiten nicht durchschaut werden - so werden diese stabilisiert und gesichert. Ideologie wirkt nicht nur durch bewusste Manipulation, sondern auch dadurch, dass sie den autonomen Geist des Individuums auf bloße funktionieren einschränkt - kritisches Denken wird so unmöglich. Für uns bedeutet dies, dass Wissenschaft stets eine emanzipatorische Dimension haben muss: Sie soll nicht nur die Welt erklären, sondern auch zu ihrer Veränderung beitragen. In diesem Sinne ist Wissen nicht neutral, sondern notwendigerweise kritisch. Es richtet sich gegen die Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse und will aufzeigen, dass das, was als „Naturgegeben“ erscheint, in Wahrheit historisch und gesellschaftlich gemacht ist.

Die Wissenssoziologie, wie sie Karl Mannheim entwickelt hat, knüpft daran an. Sie macht deutlich, dass jede Erkenntnis standortgebunden ist – sie hängt von der sozialen Position, der historischen Situation und den Interessen derjenigen, die sie hervorbringen. Wissen ist also nie absolut oder objektiv, sondern immer perspektivisch. Gerade deshalb braucht es Institutionen und Praktiken, die Offenheit, Kritik und demokratische Auseinandersetzung ermöglichen - Orte, an denen unterschiedliche Standpunkte zusammengeführt werden, um Wissen zu objektivieren, statt es auf individuelle Perspektiven zu verengen.

Was sind die Probleme?

Die theoretische Bestimmung von Wissen zeigt: Wissenschaft muss kritisch, unabhängig und emanzipatorisch sein. In der Realität sehen wir jedoch, dass Wissenschaft massiv unter Druck steht – und zwar nicht nur durch ökonomische Strukturen, sondern auch durch gezielte politische Angriffe.

Das Erstarken des Populismus vollzieht sich im Kontext eines postfaktischen Zeitalters. Damit ist eine gesellschaftliche Situation gemeint, in der wissenschaftliche Fakten und überprüfbare Erkenntnisse zunehmend an Bedeutung verlieren, während Emotionen, Ressentiments und „gefühlte Wahrheiten“ die politische Debatte dominieren. Dieses Klima ermöglicht es Populist*innen einfache Antworten auf komplexe Probleme zu geben und wissenschaftliche Expertise als elitär oder abgehoben zu diffamieren. Die Leugnung der Klimakrise, die Verbreitung von Falschinformationen während der Corona-Pandemie oder die Angriffe auf die Geschlechterforschung sind konkrete Beispiele dafür, wie das postfaktische Denken genutzt wird, um demokratische Institutionen und Wissenschaft zu delegitimieren. Das postfaktische Zeitalter ist damit nicht bloß eine Begleiterscheinung, sondern eine zentrale Bedingung für das Erstarken des Rechtspopulismus.

Gleichzeitig hat es sowohl die Ampel als auch Schwarz-Rot nicht geschafft, den Wissenschaftsbetrieb zu stärken. Denn die politischen Rahmenbedingungen wie das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) verstärken die Prekarität im Wissenschaftsbetrieb. Befristungen, fehlende Planbarkeit und ständige Unsicherheit machen eine nachhaltige Wissensproduktion unmöglich. Außerdem fehlt ein flächendeckender Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) weiterhin, sodass Studierende in prekären Jobs ohne verlässliche Standards arbeiten müssen. Befristungen und niedrige Löhne machen somit eine existenzsichernde akademische Laufbahn für breite Teile der Gesellschaft faktisch unmöglich. Gleichzeitig sind Hochschulen chronisch unterfinanziert. Statt dauerhafter Ausfinanzierung sind sie auf kurzfristige Programme und Drittmittel angewiesen, was ihre Unabhängigkeit und die

Qualität von Lehre und Forschung gefährdet. Dies äußert sich konkret in überfüllte Hörsäle, marode Gebäude, schlechte Betreuungsverhältnisse und eine immer stärkere Abhängigkeit von kurzfristigen Projektmitteln. Dies geht zu Lasten von Lehre, Forschung und Chancengleichheit.

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind oft nur für einige wenige zugänglich. Paywalls, geschlossene Journals und teure Publikationen erschweren den offenen Zugang. Gleichzeitig ist Wissenschaftskommunikation häufig unzureichend, sodass zentrale Ergebnisse nicht in der Gesellschaft ankommen. Außerdem besteht die Gefahr, dass Hochschulen zu einem Elite-Projekt werden: Es gibt zu wenig Studienplätze, steigende Lebenshaltungskosten und einen zu hohen Semesterbeitrag. Diese exkludierenden Faktoren führen zu einem ungleichen Zugang zur Wissenschaft. Damit wird nicht nur die Chancengleichheit verletzt, sondern auch der gesellschaftliche Auftrag der Wissenschaft geschwächt.

Diese strukturellen Probleme - rechte Angriffe, ökonomische Verwertungslogik, prekäre Arbeitsbedingungen und Unterfinanzierung - stehen im direkten Widerspruch zu dem, was Wissenschaft sein muss: kritisch, unabhängig und emanzipatorisch. Stattdessen droht sie, in Marktzwänge eingespannt oder von populistischen Kräften delegitimiert zu werden.

Deshalb fordern wir:

- Unabhängigkeit stärken: Wissenschaftsfreiheit aktiv verteidigen und populistische Angriffe bekämpfen
- Bessere Arbeitsbedingungen: Reform des WissZeitVG, planbare und entfristete Stellen, Förderung guter Lehre.
- Finanzierung sichern: Hochschulen und Forschungseinrichtungen dauerhaft und auskömmlich finanzieren statt Abhängigkeit von Drittmitteln.
- Förderung von Wissenschaftskommunikation und kritischer Bildung gegen Desinformation• Ausbau von politischer Bildung und Medienkompetenz in Schulen und Hochschulen
- Demokratisierung: Mitbestimmung von Studierenden und Beschäftigten in der Hochschulpolitik ausbauen.